

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



RehaKo 04-34 Gesuch betreffend Ducret Léon

Entscheid der Rehabilitierungskommission vom 21. September 2004

1. Die Rehabilitierungskommission der Bundesversammlung stellt fest, dass das vom Territorialgericht I am 26. November 1942 gegen Léon Ducret ausgesprochene Strafurteil mit dem Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.
2. Diese Feststellung wird in geeigneter Weise bekannt gemacht.
3. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben.

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Françoise Saudan



Erwägungen:

1. Léon Ducret, geboren am 12. März 1899, Sohn des Jules, französischer Staatsangehöriger, damals wohnhaft in Petite Rive près Evian (F), hat am 26. September 1942 zusammen mit einem anderen Fluchthelfer einen jüdischen Flüchtling mit dessen Familie in einem Boot von Evian aus über den Genfersee in die Schweiz gerudert, wo sie von der schweizerischen Grenzwaache verhaftet wurden.

Dafür befand ihn das für die Westschweiz zuständige Territorialgericht I am 26. November 1942 der Fluchthilfe schuldig. Aufgrund der Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 betreffend die teilweise Grenzschliessung (AS 56 [1940] 2001) verurteilte ihn das Gericht wegen Ungehorsams sowie Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927 (MStG; AS 43 [1927] 359) zu 2 Monaten Gefängnis.

Mit dem Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 war eine teilweise Grenzschliessung verfügt worden und die Einreise nur noch an offiziellen Grenzposten zulässig. Die Strafverfolgung wegen Verletzung dieses Bundesratsbeschlusses erfolgte nach Artikel 107 MStG (Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen).

2. Die Paul Grüninger Stiftung stellt nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes vom 20. Juni 2003 über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus (im Folgenden: Bundesgesetz; SR 371) das Gesuch, es sei festzustellen, dass das gegen Léon Ducret ausgesprochene Urteil des Territorialgerichts I vom 26. November 1942 durch das Bundesgesetz per 1. Januar 2004 aufgehoben worden ist.

3. Das Bundesgesetz hebt alle Strafurteile auf, mit welchen Menschen verurteilt worden sind, weil sie verfolgten Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus zur Flucht verhelfen oder dazu Beihilfe leisteten, und rehabilitiert die Flüchtlingshelfer (Art. 1 bis 4). Ergänzend soll die Begnadigungskommission der Bundesversammlung auf Gesuch hin als Rehabilitierungskommission prüfen und feststellen, ob beziehungsweise dass der generelle Aufhebungsbeschluss ein konkretes Strafurteil erfasst (Art. 6 Abs. 1; Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 29. Oktober 2002, BBl 2002 7781, Ziff. 3).

Nicht Aufgabe der Rehabilitierungskommission ist es hingegen, die betroffenen Flüchtlingshelfer noch einmal zu rehabilitieren.

4. Die Aufhebung aller Strafurteile wegen Fluchthilfe erfolgte, weil diese Urteile aus heutiger Optik als schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens betrachtet werden. Insoweit wird der seit den Urteilssprüchen eingetretenen Entwicklung und den seither veränderten Auffassungen, insbesondere auch der Rechtsentwicklung im Bereich des Grundrechtsschutzes Rechnung getragen.

Nach Artikel 4 des Bundesgesetzes werden alle, welche wegen Fluchthilfe zu Gunsten von Verfolgten des Nationalsozialismus verurteilt wurden, im Sinne einer moralischen



Wiedergutmachung rehabilitiert. Diese Rehabilitierung ist zu unterscheiden von der Rehabilitation (Aufhebung von Nebenstrafen) nach Artikel 77 ff. des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0). Im Gegensatz zu früheren Rehabilitierungen erfolgt die Rehabilitierung nun nicht mehr bloss per Erklärung des Bundesrates, sondern durch das Gesetz.

5. Die Aufhebung der Strafurteile hat insoweit «rückwirkenden Charakter [Aufhebung ex tunc]», als davon ausgegangen wird, dass solche Urteile unter heutigen Gesichtspunkten so nicht rechtmässig erlassen werden könnten. «Nicht rückwirkend [ex nunc]» erfolgt die Aufhebung insoweit, als verschiedene Rechtsfolgen der Verurteilungen naturgemäss nicht rückgängig gemacht werden können.

In diesem Sinne wird denn auch in Artikel 13 des Bundesgesetzes festgehalten, dass Feststellungsentscheide über die Aufhebung von Strafurteilen keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung begründen.

6. Das Gesuch wurde fristgerecht eingereicht (Art. 8), die Paul Grüniger Stiftung ist nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes zur Einreichung von Gesuchen berechtigt, und es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die nachgesuchte Feststellung gegen den Willen von Léon Ducret beziehungsweise dessen Angehörigen erfolgen könnte (Art. 7 Abs. 3).

7. Léon Ducret wurde am 26. November 1942 vom Territorialgericht I aufgrund der Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1940 betreffend die teilweise Grenzschiessung wegen Ungehorsams sowie Beihilfe zu Ungehorsam gegen allgemeine Anordnungen im Sinne von Artikel 107 MStG schuldig gesprochen und zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Es steht daher fest, dass dieses Urteil durch das Bundesgesetz aufgehoben worden ist.

8. Das Dispositiv der zu treffenden Feststellung ist in geeigneter Weise bekannt zu machen; die Bekanntmachung darf nicht ohne Zustimmung des Gesuchstellers erfolgen (Art. 11 Abs. 2).

Die Rehabilitierungskommission informiert über ihre Feststellungsentscheide auf ihrer Internetseite und mit Pressemitteilungen. Liegen Anzeichen vor, dass der Betroffene oder dessen Angehörige mit einer umfassenden Veröffentlichung des Feststellungsentscheids nicht einverstanden wären, erfolgt die Veröffentlichung in anonymisierter Form.

Da die Gesuchstellerin einer Veröffentlichung der Entscheide zugestimmt hat und auch keine allfälligen Einwände seitens von Angehörigen von Léon Ducret gegen eine Veröffentlichung des vorliegenden Entscheids erkennbar sind, wird dieser integral veröffentlicht.

Das Verfahren ist kostenlos (Art. 12). Die Ausrichtung von Parteientschädigungen ist nicht vorgesehen.

Die Entscheide der Kommission sind letztinstanzlich (Art. 11 Abs. 3).